

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 64. Ratssitzung vom 18. Mai 2011

1325. 2011/78

Beschlussantrag der Grüne-Fraktion vom 16.03.2011: Behördeninitiative des Gemeinderats von Zürich vom 16.03.2011 betreffend der Erarbeitung einer Energiestrategie ohne nukleare Risiken

Bernhard Piller (Grüne) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Protokoll-Nr. 1154/2011).

Bernhard Piller (Grüne): *In der Stadt Zürich ist das Ziel des langfristigen Atomausstiegs bereits in der Gemeindeordnung verankert. Aus dem Energieplanungsbericht 2010, den der Regierungsrat im November des letzten Jahres veröffentlichte, geht hingegen klar hervor, dass der Kanton neue Atomkraftwerke will. Dabei bräuchte es jetzt eine Strategie, wie sie der Verein Strom für morn! mit seiner kantonalen Initiative verlangt, nämlich die Stromversorgung bis spätestens 2035 aus vollständig erneuerbaren Energien zu beziehen. Dies gerade im Hinblick auf das AKW Beznau und sein veraltetes Reaktordesign aus den 60er Jahren. Die Bevölkerungsdichte rund um dieses AKW ist derart gross, dass bei einem Ausfall fast der ganze Kanton evakuiert werden müsste. Im Hinblick auf eine atomfreie Zukunft muss der Kanton via EKZ auf die Axpo Druck ausüben, dass das AKW Beznau möglichst schnell stillgelegt wird. Ich bitte deshalb die Ratsmitglieder, ihre Verantwortung für den Fortschritt wahrzunehmen und dem Beschlussantrag zuzustimmen.*

Namens der FDP-Fraktion stellt Alexander Jäger (FDP) den Ablehnungsantrag.

Alexander Jäger (FDP): *Die FDP-Fraktion hat 2008 die Abstimmung des langfristigen Ausstiegs aus der Kernenergie unterstützt und hält dies, wie auch die Förderung der erneuerbaren Energien, nach wie vor für sinnvoll. Der vorliegende Beschlussantrag kann von den Grünen direkt im Kantonsrat eingereicht werden. Zudem wird die Initiative Strom für morn!, die ja das Gleiche verlangt, dem Volk zur Abstimmung erst noch vorgelegt. Aus diesen Gründen lehnen wir den Beschlussantrag ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Christoph Spiess (SD): *Das Risiko innerhalb der Kerntechnologie, so klein es prozentual auch sein möge, ist untragbar. Ein langfristiger Ausstieg hält die Gefahr gleichbleibend hoch. Die Förderung alternativer Energien ist deshalb zwar gut, es wird aber einige Jahre dauern, bis der stetig steigende Energieverbrauch dadurch ausgeglichen werden kann. Wir brauchen deshalb weniger Bevölkerung, Mobilität und Wirtschaftstätigkeit in*

allen Bereichen, um Energie einzusparen und schneller auf alternative Möglichkeiten umsteigen zu können. Nichtsdestotrotz unterstützen die SD den Vorstoss der Grünen.

Dr. Zora Ledergerber (GLP): Für die formale Argumentation der FDP hat die GLP-Fraktion Verständnis. Natürlich kann dieses Geschäft auch direkt im Kantonsrat eingebracht werden. Doch das Thema ist zu wichtig, um technisch zu argumentieren. Die GLP-Fraktion ist grundsätzlich für einen Einstieg in den Ausstieg. Es ist jedoch von Bedeutung, dass der geforderte schnelle Kurswechsel unbedingt ein ökonomisch sinnvoller und realistischer Ausstieg sein soll. Die Wirtschaft muss genug Zeit haben, sich an die veränderten Bedingungen anzupassen.

Bruno Wohler (SVP): Das Votum der GLP-Fraktion verdeutlicht klar, warum ein kurzfristiger Ausstieg aus der Atomenergie nicht möglich ist. Unzählige Betriebe in der Schweiz benötigen für die Herstellung ihrer Produkte genug Strom und können nicht von heute auf morgen ihre Arbeitsleistung derart einschränken. Eine Reduzierung braucht Zeit. Es ist kontraproduktiv, dem Kanton durch diesen Beschlussantrag Fesseln anzulegen. Die SVP-Fraktion ist deshalb dagegen.

Kyriakos Papageorgiou (SP): Die Lagerung des Atommülls beansprucht mehrere tausend Jahre, die Folgekosten für die Bewachung der Abfälle wären erheblich. Ein ökonomisch sinnvoller Ausstieg, wie ihn die GLP-Fraktion gefordert hat, wäre demnach kein langfristiger, sondern ein sofortiger. Mit diesem Antrag wollen nicht die Grünen als Partei an den Kantonsrat herantreten, wie die FDP-Fraktion fälschlicherweise annimmt, es handelt sich hier um ein städtisches Anliegen. Aus diesem Grund unterstützt die SP-Fraktion den Antrag.

Dr. Martin Mächler (EVP): Die SD haben deutlich gemacht, dass eine Zukunft mit erneuerbaren Energien ohne eine Änderung des eigenen Nutzungsverhaltens nicht durchsetzbar ist. 2008 verabschiedete die Mehrheit des Gemeinderats das energiepolitische Modell der 2000-Watt-Gesellschaft, der Einsatz stromsparender Geräte nahm zu. Der Stromverbrauch wurde dadurch jedoch nur minim reduziert. Es müssen noch weitere Massnahmen ergriffen werden, um eine wirksame Veränderung herbeizuführen. Wir stimmen für den Antrag, fordern aber konsequentere Lösungsansätze zur Stromeinsparung.

Dr. Josef Widler (CVP): Ein Konzept zu verlangen, das auf nukleare Risiken verzichtet ist blauäugig. In den nächsten 20 Jahren wird es nicht möglich sein, via Steckdosen nur Strom zu beziehen, der aus erneuerbaren und alternativen Energien entsteht. Bis eine Umstellung möglich ist, wird der Atomstrom die einzige nutzbare Energie bleiben. Es wäre also ehrlicher, man würde von einem Risiko reden, welches möglichst gering gehalten werden soll. Die CVP-Fraktion unterstützt deshalb den Beschlussantrag nicht.

Alecs Recher (AL): Die Grünen haben genau das erreicht, was sie wollten, nämlich reges Diskussionspotenzial. Leider kann man aus politisch heisser Luft immer noch keine Energie gewinnen. Darum mache ich es kurz: Atomkraft nein danke!

3 / 4

Matthias Probst (Grüne): Die Debatte gegen Atomkraft wird in der Schweiz schon länger geführt. Plötzlich ist jedoch auch das Risiko spürbar geworden. Aus diesem Grund soll der Kanton eine Energiestrategie ausarbeiten, die anstrebt, dass in Zukunft auf nukleare Risiken verzichtet werden soll. Der Atomausstieg hat seinen Preis, darum muss das Investment dafür jetzt gemacht werden.

Roger Tognella (FDP): Der Stromverbrauch wird auch ansteigen, wenn wir aus Deutschland kohlenproduzierten Strom importieren. In der Schweiz existiert ein Lastprofil. Die Spitzenlast produzieren wir mit Wasserkraft, die Grundlast mit Atomkraft. Es ist alles eine preisliche Frage, sonst könnte man schon heute die Atommeiler vom Netz nehmen.

Matthias Probst (Grüne): Der Einwand der FDP-Fraktion betreffend direkte Eingebung in den Kantonsrat, ist unverständlich. Ein Beschlussantrag ist eine Willensbekundung der Stadt Zürich an den Kanton. Die Stadt Zürich wünscht also, dass der Kanton die Strategie erarbeitet und es ist ihr gutes Recht, diese Strategie beim Kanton einzufordern. Der hier dargelegte Antrag ist deshalb ein angebrachtes Mittel für diesen Zweck.

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 72 gegen 47 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

2011/167

Behördeninitiative des Gemeinderats von Zürich vom 16.03.2011 betreffend der Erarbeitung einer Energiestrategie ohne nukleare Risiken

Der Gemeinderat der Stadt Zürich beschliesst, beim Kanton Zürich eine Behördeninitiative einzureichen, mit welcher dieser beauftragt wird, eine Energiestrategie auszuarbeiten, welche auf nukleare Risiken verzichtet.

Begründung:

Im November 2010 veröffentlichte der Regierungsrat des Kantons Zürich den Energieplanungsbericht 2010. Dieser setzt für die zukünftige Stromversorgung auf neue Atomkraftwerke. Schon damals kritisierten wir diese Strategie als nicht zukunftsfähig.

Angesichts des katastrophalen Atomunfalls im Atomkraftwerk Fukushima drängt sich ein schnellstmöglicher Kurswechsel, hin zu einer vollständig auf erneuerbaren Energien basierenden Stromversorgung auf. Der Energieplanungsbericht 2010 ist seit dem 11. März 2011 Makulatur.

Die durch Bundesrätin Leuthard bis auf weiteres angeordnete Sistierung der Rahmenbewilligungsgesuche für neue AKW in der Schweiz ist ein erster Schritt. Nun gilt es auch im Kanton Zürich eine Strompolitik zu verfolgen und umzusetzen, welche den geordneten Rückzug aus dieser Risikotechnologie vorsieht und auch erreicht. Hierfür braucht es eine Atomausstiegsstrategie des Kantons Zürich.

Mitteilung an die Geschäftsleitung des Kantonsrats, 8090 Zürich und an den Stadtrat

4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat